



Infobrief

Das strafbare Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

§ 86a StGB im Spiegel der Rechtsprechung

Roman Trips-Hebert

Das strafbare Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

§ 86a StGB im Spiegel der Rechtsprechung

Verfasser: Oberregierungsrat Dr. Roman Trips-Hebert
Aktenzeichen: WD 7 - 3010 - 028/14
Abschluss der Arbeit: 28. Februar 2014
Fachbereich: Fachbereich WD 7: Zivil-, Straf- und Verfahrensrecht,
Umweltschutzrecht, Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Tatbestand, Systematik und Geschichte	5
2.1.	Tatbestand	5
2.2.	Systematik	6
2.3.	Geschichte	6
3.	Detailbetrachtung und Rechtsprechung	7
3.1.	Erfasste Organisationen	7
3.1.1.	Vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte Partei oder eine Partei oder Vereinigung, von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer solchen Partei ist (§ 86 Absatz 1 Nummer 1 StGB)	8
3.1.2.	Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, oder von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer solchen verbotenen Vereinigung ist (§ 86 Absatz 1 Nummer 2 StGB)	8
3.1.3.	Ehemalige nationalsozialistische Organisation (§ 86 Absatz 1 Nummer 4 StGB)	10
3.2.	Kennzeichenbegriff	10
3.2.1.	Fahnen, Abzeichen und Uniformstücke	10
3.2.2.	Parolen und Grußformen	12
3.2.3.	Lieder	14
3.2.4.	Bilder	14
3.3.	Tathandlung	15
3.4.	Sozialadäquanz	17
3.5.	Subjektiver Tatbestand	17
3.6.	Rechtsfolgen	18
4.	Literaturverzeichnis	19

1. Einleitung

Immer wieder befassen sich deutsche Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht mit dem so genannten **Kennzeichenverbot** (§ 86a StGB¹). Danach ist es strafbar, Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation zu verbreiten oder öffentlich, in einer Versammlung oder in verbreiteten Schriften zu verwenden.² Kennzeichen in diesem Sinne sind „namentlich Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformen“ (§ 86a Absatz 2 StGB). Der Norm wird eine herausragende und zunehmende Bedeutung zugeschrieben: Wie kein anderer **Tatbestand des politischen Strafrechts** werde sie immer häufiger Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen – was vor allem daran liege, dass sich die **rechtsextreme Szene** in zunehmendem Maße nationalsozialistischer Symbole bediene, um für ihre Zwecke zu werben.³ Neben bestimmten rechts- und linksextremen Gruppen fallen auch verschiedene **islamistische Vereinigungen und linksextreme Ausländervereine**⁴ mit ihren Symbolen in den Anwendungsbereich des Kennzeichenverbots.

Einer nicht unerheblichen Deliktsrelevanz in der Strafverfolgungsstatistik⁵ entspricht ein starkes öffentliches Interesse an den jeweiligen Vorfällen: Regelmäßig berichten die Medien über einschlägige Vorkommnisse und deren juristische Bewertung und Behandlung seitens der Staatsanwaltschaften und Gerichte.⁶ Nicht selten knüpft sich eine lebhaft und zum Teil kontroverse Diskussion an. Betrachtet man hierbei die jeweiligen Fälle, so zeigt sich eine offenbar **große Bandbreite** von potenziell inkriminierten Handlungen: Vom Tragen eines T-Shirts mit einem leicht

-
- 1 Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), das durch Artikel 5 Absatz 18 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3799) geändert worden ist.
 - 2 Vgl. etwa den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 18. Mai 2009, Az. 2 BvR 2202/08 (Tragen eines T-Shirts mit dem Aufdruck „Sohn Frankens, die Jugend stolz/die Fahnen hoch“, abrufbar unter http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rk20090518_2bvr220208.html), und des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 13. August 2009, Az. StR 228/09 (zu englischsprachigen Übersetzungen von nationalsozialistischen Parolen, abrufbar unter <http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&Datum=2009-8&nr=49285&linked=urt&Blank=1&file=dokument.pdf>). Stand dieser und sämtlicher anderen Online-Quellen in diesem Info-Brief: 28. Februar 2014.
 - 3 Von Dewitz (2006), S. 278.
 - 4 Die Begrifflichkeit „Ausländerverein“ entstammt § 14 VereinsG (Vereinsgesetz vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3198) geändert worden ist).
 - 5 Der Verfassungsschutzbericht 2012, S. 38, weist für 2012 insgesamt 17.134 rechtsextrem motivierte Straftaten aus, von denen 12.219 Straftaten auf die Propagandadelikte – also § 86 und § 86a StGB – entfallen. Die Gesamtzahl der extremistisch motivierten Straftaten belief sich laut Verfassungsschutzbericht 2012 auf 20.981. Der Verfassungsschutzbericht ist abrufbar unter <http://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/verfassungsschutzberichte/vsbericht-2012>.
 - 6 Vgl. nur Saft (2014); Herz (2009); Schierholz/Schafmeister (2009); „Hetzvideos: Staatsanwaltschaft klagt mutmaßlichen Neonnazi an“, Focus.de vom 22. Januar 2014, abrufbar unter http://www.focus.de/regional/saarbruecken/extremismus-hetzvideos-staatsanwaltschaft-klagt-mutmasslichen-neonnazi-an_id_3560989.html; „Nazi-Parole nur in deutscher Sprache strafbar“, Spiegel online vom 13. August 2009, abrufbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,642217,00.html>; „Punkrockern droht Haft wegen Band-Logo“, Spiegel online vom 9. Mai 2009 (abrufbar unter <http://www.spiegel.de/kultur/musik/s-fehler-punkrockern-droht-haft-wegen-band-logo-a-623848.html>).

abgewandelten Zitat aus dem Horst-Wessel-Lied durch einen NPD-Anhänger⁷ über das Herstellen und Verkaufen von den Hitlergruß zeigenden Gartenzweigen durch einen Künstler⁸ bis hin zum Verwenden von durchgestrichenen Hakenkreuzen⁹ oder dem „Zitieren“ der Runen der Waffen-SS durch Angehörige der wohl eher links-alternativen Punkrockszene¹⁰.

Vor diesem Hintergrund soll nachfolgend eine kursorische Übersicht über Inhalt und Reichweite von § 86a StGB gegeben werden.¹¹ Der Fokus soll hierbei vor allem auf konkreten **Beispielen** liegen, die in der Vergangenheit Gegenstand gerichtlicher Befassung waren.

2. Tatbestand, Systematik und Geschichte

2.1. Tatbestand

§ 86a Absatz 1 StGB stellt in Verbindung mit § 86 StGB im Wesentlichen unter Strafe, im Inland Kennzeichen

- einer vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten Partei oder deren Ersatzorganisation,
- einer Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet oder einer entsprechenden Ersatzorganisation, oder
- einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation

zu verbreiten oder öffentlich, in einer Versammlung oder in verbreiteten Schriften zu verwenden oder Gegenstände, die derartige Kennzeichen darstellen oder enthalten, zur Verbreitung oder Verwendung im Inland oder Ausland in dieser Art und Weise herzustellen, vorrätig zu halten, ein- oder auszuführen. Durch eine 1994 erfolgte Gesetzesänderung stehen den in § 86a Absatz 1

7 BVerfG, Az. 2 BvR 2202/08 (o. Fußn. 2).

8 Vgl. „Streit um Hitler-Gartenzweig“, Süddeutsche.de vom 16. Juli 2009 (<http://www.sueddeutsche.de/bayern/372/480849/text/>).

9 BGH, Urteil vom 15. März 2007, Az. 3 StR 486/06, Amtliche Sammlung (BGHSt) 51, 244 = Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 2007, S. 1602.

10 Vgl. zum Fall der Punkband „SS-Kaliert“ Der Spiegel vom 11. Mai 2009, S. 22.

11 Zur Vermeidung von Missverständnissen soll an dieser Stelle betont werden, dass aufgrund dieser Ausrichtung des Info-Briefes etwaig nachfolgende Aussagen, wonach eine bestimmte Kennzeichenverwendung nicht nach § 86a StGB strafbar ist, nicht bedeuten, dass das Verhalten als solches nicht aufgrund anderer Straftatbestände strafbar sein kann. Im Gegenteil können auch dann, wenn eine Strafbarkeit nach § 86a StGB ausscheidet, andere Delikte in Betracht kommen, wie etwa § 130 StGB (Volksverhetzung). Zur Volksverhetzung vgl. Trips-Hebert (2009).

StGB genannten Kennzeichen solche gleich, die ihnen „zum Verwechseln ähnlich sehen“ (§ 86a Absatz 2 Satz 2 StGB).¹²

2.2. Systematik

§ 86a StGB ist im **dritten Titel** des ersten Abschnitts des Besonderen Teils des Strafgesetzbuchs verortet. Die Delikte dieses Titels stellen Handlungen unter Strafe, die eine „**Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates**“ darstellen. § 86a StGB ist damit Teil des so genannten „**Staatschutzstrafrechts**“.

Als Schutzgüter der Vorschrift werden der politische Frieden, die freiheitliche demokratische Grundordnung, der Gedanke der Völkerverständigung und das Ansehen Deutschlands im Ausland benannt.¹³ Das Verbot dient zum einen dazu zu verhindern, dass die verbotenen Organisationen oder die von ihnen verfolgten Bestrebungen wiederbelebt werden, zum anderen soll von vornherein bereits der Eindruck verhindert werden, dass die verfassungsfeindlichen Bestrebungen aufgrund der Präsenz der entsprechenden Symbole geduldet würden.¹⁴

§ 86a StGB setzt weder eine tatsächliche Verletzung dieser Rechtsgüter noch deren konkrete Gefährdung voraus und ist damit strafrechtsdogmatisch ein so genanntes „**abstraktes Gefährdungsdelikt**“.¹⁵

2.3. Geschichte

Das Kennzeichenverbot ist erst auf Umwegen an seinen heutigen Standort im Strafgesetzbuch gelangt und hat dabei auch inhaltlich erst nach und nach die heutige Gestalt erlangt. Sein bundesrepublikanischer¹⁶ Ursprung lag im **Versammlungsrecht**: § 4 i.V.m. § 28 des Versammlungsgesetzes¹⁷ (VersG) von **1953** stellte das Zeigen von Kennzeichen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen unter Strafe.¹⁸ **1960** fand dieses Verbot in Form eines neuen § 96a StGB Aufnahme im Bereich des strafrechtlichen Schutzes des Staates und seiner Symbole in das Strafgesetzbuch.¹⁹ **1968** wurde dieser § 96a a. F. StGB durch § 86a StGB ersetzt und damit das Kennzeichenverbot neu in den – noch heute fortbestehenden – Kontext von Parteien- und Vereini-

12 Geändert durch das Verbrechensbekämpfungsgesetz vom 28. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3186).

13 Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86a Rdn. 1; Sternberg-Lieben in Schönke-Schröder (2010), § 86a Rdn. 1.

14 Rudolphi (wie Fußn. 13).

15 Zum abstrakten Gefährdungsdelikt vgl. Jescheck/Weigend (1996), S. 264.

16 In der Literatur wird darauf hingewiesen, dass die ersten bundesrepublikanischen Regelungen historisch wiederum vor dem Hintergrund der Ablösung entsprechender besatzungsrechtlicher Regelungen der Alliierten stehen, vgl. von Dewitz (2006), S. 18 ff.

17 Gesetz über Versammlungen und Aufzüge vom 24. Juli 1953, BGBl. I S. 684.

18 Von Dewitz (2006), S. 46 f.

19 6. Strafrechtsänderungsgesetz (StÄG) vom 4. August 1960, BGBl. I S. 478, vgl. von Dewitz (2006), S. 47.

gungsverboten eingeordnet.²⁰ Inhaltlich unterscheidet sich § 86a StGB von § 96a a. F. StGB insofern, als er die Strafbarkeit ausdrücklich auf den räumlichen Geltungsbereich des Strafgesetzbuchs beschränkte und den Tatbestand um das „Verbreiten“ verfassungsfeindlicher Kennzeichen erweiterte.²¹ **1985** wurde § 86a StGB auf Vorbereitungshandlungen ausgedehnt, indem auch das Herstellen, Vorrätighalten und Einführen von entsprechenden Kennzeichen unter Strafe gestellt wurde.²² **1994** schließlich folgte durch das **Verbrechensbekämpfungsgesetz** jene Erweiterung, wonach auch den Originalzeichen zum Verwechseln **ähnliche** Kennzeichen erfasst werden.²³

Im **Strafgesetzbuch der DDR**²⁴ (DDR-StGB) war die Verwendung von bestimmten extremistischen Kennzeichen ebenfalls unter Strafe gestellt: Nach § 220 Absatz 3 DDR-StGB sollte sich strafbar machen, wer „in der Öffentlichkeit Äußerungen faschistischen, rassistischen, militaristischen oder revanchistischen Charakters kundtut oder **Symbole** dieses Charakters verwendet, verbreitet oder anbringt.“

3. Detailbetrachtung und Rechtsprechung

3.1. Erfasste Organisationen

§ 86a StGB inkriminiert bestimmte Zeichen nicht schon allein deshalb, weil mit ihnen allgemein antidemokratische bzw. verfassungsfeindliche Botschaften transportiert werden. Vielmehr wählt er als Ausgangspunkt, dass das jeweilige Kennzeichen für **eine bestimmte Organisation** steht, deren Tätigkeit und Zielsetzung rechtlich missbilligt wird.²⁵ Die einzelnen Arten von betroffenen Organisationen führt § 86a Absatz 1 StGB durch Verweis auf § 86 StGB abschließend auf.

20 8. StÄG vom 25. Juni 1968, BGBl. I S. 741, vgl. von Dewitz (2006), S. 89.

21 Von Dewitz (2006), S. 89.

22 21. StÄG vom 13. Juni 1985, BGBl. I S. 965, vgl. von Dewitz (2006), S. 108.

23 Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung und anderer Gesetze (Verbrechensbekämpfungsgesetz) vom 28. Oktober 1994, BGBl. I, S. 3186. Überblickartige Zusammenstellung der verschiedenen Fassungen des Kennzeichenverbots bei Reuter (2005), S. 273 ff.

24 Strafgesetzbuch der DDR vom 12. Januar 1968 in der Neufassung vom 19. Dezember 1974 (GBl. I 1975 Nr. 3 S. 14) sowie i.d.F. des 2. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 7. April 1977 (GBl. I 1977 Nr. 10 S. 100), des 3. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 28. Juni 1979 (GBl. I 1979 Nr. 17 S. 139), des Gesetzes über die gesellschaftlichen Gerichte der DDR – GGG – vom 25. März 1982 (GBl. I 1982 Nr. 13 S. 269) und des Gesetzes über das Post- und Fernmeldewesen vom 29. November 1985 (GBl. I 1985 Nr. 31 S. 345).

25 Nicht ausreichend wären insofern insbesondere nationalsozialistisches Gedankengut evozierende Symbole ohne konkreten Bezug zu einer entsprechenden nationalsozialistischen Organisation, vgl. Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86 Rdn. 8.

- 3.1.1. Vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte Partei oder eine Partei oder Vereinigung, von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer solchen Partei ist (§ 86 Absatz 1 Nummer 1 StGB)

Hierfür gibt es seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland nur zwei Beispiele, nämlich die 1952 verbotene **Sozialistische Reichspartei (SRP)**²⁶ und die 1956 verbotene **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)**²⁷. Das von Bundesregierung und Bundesrat 1993 initiierte Verbotverfahren gegen die **Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)** scheiterte daran, dass das Bundesverfassungsgericht der FAP die Parteieigenschaft absprach – die FAP wurde sodann nach den vereinsrechtlichen Regelungen verboten.²⁸ Das 2001 auf Antrag der Bundesregierung eingeleitete **erste NPD-Verbotsverfahren** scheiterte vor dem Bundesverfassungsgericht 2003 aufgrund der Rolle von V-Leuten der Sicherheitsbehörden in der Parteiorganisation.²⁹ Durch einen im Dezember 2013 beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Antrag des Bundesrates wurde ein **zweites NPD-Verbotsverfahren** eingeleitet.³⁰

- 3.1.2. Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, oder von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer solchen verbotenen Vereinigung ist (§ 86 Absatz 1 Nummer 2 StGB)

Der Begriff der Vereinigung in diesem Sinne entspricht sachlich dem eines Vereins nach § 2 VereinsG.³¹ Das Verbot entsprechender Vereine obliegt nicht, wie im Fall von politischen Parteien, der Rechtsprechung, sondern der vollziehenden Gewalt, vgl. Art. 9 Absatz 2 GG³² i. V. m. §§ 3 ff. VereinsG.³³ Beispiele für entsprechende bestandskräftig verbotene Vereine sind die **Deutsche Al-**

26 BVerfG, Urteil vom 23. Oktober 1952, Az. 1 BvB 1/51, Amtliche Sammlung (BVerfGE) 2, 1 = NJW 1952, S. 1407.

27 BVerfG, Urteil vom 17. August 1956, Az. 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 = NJW 1956, S. 1393.

28 BVerfG, Beschluss vom 17. November 1994, Az. 2 BvB 2/93, 3/93, BVerfGE 91, 276 = Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ) 1996, S. 54. Entsprechend wurde auch im Verbotverfahren zur „Nationalen Liste“ entschieden, vgl. BVerfG, Entscheidung vom 17. November 1994, Az. 2 BvB 1/93E, BVerfGE 91, 262.

29 BVerfG, Beschluss vom 18. März 2003, Az. 2 BvB 1/01 u.a., BVerfGE 107, 339 = NJW 2003, S. 1577.

30 Vgl. Bundesrat, Thema: NPD-Verbotsverfahren, abrufbar unter http://www.bundesrat.de/nn_8340/DE/presse/Thema/Thema-node.html?_nnn=true. Die Antragsschrift abrufbar unter http://www.bundesrat.de/cln_320/nn_2382056/SharedDocs/Downloads/DE/themen/20140124-npd-antragsschrift.html. Grundsätzlich zu Parteiverboten in der Bundesrepublik Deutschland und den Implikationen der Europäischen Menschenrechtskonvention vgl. Rathke/Chionos (2013).

31 Reuter (2005), S. 106 Fußn. 632.

32 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juli 2012 (BGBl. I S. 1478) geändert worden ist.

33 BVerfG, Beschluss vom 17. November 1994, Az. 2 BvB 2/93, 3/93, BVerfGE 91, 276 = NVwZ 1996, S. 54.

ternative, die **FAP**, die **Nationalistische Front**, die **Nationale Sammlung**, die **Wiking-Jugend** und die **Blood-and-Honour-Division Deutschland**.³⁴

Ebenfalls verboten wurde auf dem Gebiet der alten deutschen Bundesländer in den 1950er Jahren die **Freie Deutsche Jugend (FDJ)**.³⁵ Das Verbot beschränkte sich ausschließlich auf die FDJ-West und erfasste nicht auch die staatliche Jugendorganisation der einstigen DDR, die FDJ-Ost, da es sich um zwei unterschiedliche Organisationen handelte.³⁶ Die FDJ-Ost wird auch nicht als Ersatzorganisation der FDJ-West von deren Verbot umfasst, weil sie diese mangels entsprechender organisatorischer Maßnahmen und Identitätswechsel nicht nach ihrem Verbot ersetzt habe.³⁷

Neben rechts- und linksextremen Gruppen stellen islamistische oder linksextreme **Ausländervereine** eine weitere Sparte von verbotenen Vereinigungen dar.³⁸ Ein Ausländerverein ist ein Verein, dessen Mitglieder oder Leiter sämtlich oder überwiegend Ausländer sind (§ 14 VereinsG). Sein mögliches Verbot ist in § 14 Absatz 2 VereinsG gesondert geregelt. Beispiele für entsprechende verbotene Ausländervereine sind das **Kurdistan-Komitee** e.V., der Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. („**Der Kalifatsstaat**“), der **Al-Aqsa** e.V. und **Hizb ut-Tahrir**.³⁹

Von den verbotenen Vereinigungen im Sinne des § 86 Absatz 1 Nummer 2 StGB zu unterscheiden sind **kriminelle oder terroristische Vereinigungen** nach den §§ 129, 129a, 129b StGB. Das Verwenden von Kennzeichen derartiger Vereinigungen unterfällt deshalb nicht § 86a StGB, kann jedoch nach den §§ 129 ff. StGB strafbar sein, wenn hierin ein **Werben** für diese Organisationen oder **Unterstützungshandlungen** zu sehen sind. Erforderlich ist dafür jedoch zum einen, dass die betreffende Vereinigung noch existiert, und zum anderen, dass die Werbung auf die Aufrechterhaltung oder Stärkung durch Beitritt von Mitgliedern oder Unterstützungshandlungen Dritter gerichtet ist und es sich nicht um bloße „Sympathiewerbung“ handelt.⁴⁰ Aus diesen Gründen

34 Vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesinnenministerium (BMI), Peter Altmaier, MdB, BT-Drs. 16/12642, S. 12 ff. sowie Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin / Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (2008), S. 26. Eine Übersicht auch über in einzelnen Bundesländern verbotene rechtsextreme Vereinigungen bietet Wikipedia unter http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_in_Deutschland_verbotener_rechtsextremer_Organisationen.

35 BVerwG, Urteil vom 16. Juli 1954, Az. I A 23/53, BVerwGE 1, 184. Nach der damaligen Rechtslage war für das Verbot das Bundesverwaltungsgericht zuständig.

36 BVerwG, Az. I A 23/53 (siehe vorstehende Fußn.); vgl. auch Reuter (2005), S. 116.

37 Reuter (wie Fußn. 36).

38 Vgl. Bundesregierung in BT-Drs. 16/12642, S. 13 ff. und Bundesamt für Verfassungsschutz, Übersicht über Verbotsmaßnahmen des BMI gegen islamistische Organisationen im Zeitraum von Januar 1990 bis Dezember 2012 (abrufbar unter <http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/verbotene-organisationen-islamismus>) sowie Übersicht über Verbotsmaßnahmen des BMI gegen ausländerextremistische Organisationen im Zeitraum von Januar 1990 bis Dezember 2012 (abrufbar unter <http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-auslaenderextremismus-ohne-islamismus/verbotene-organisationen-auslaenderextremismus>).

39 Bundesregierung, BT-Drs. 16/12642, S. 13 ff.

40 Fischer (2014), § 129 Rdn. 25, 30.

haben die Gerichte sowohl das Tragen eines T-Shirts mit dem Symbol der **Rote Armee Fraktion (RAF)**⁴¹ mit dem Ziel der Provokation⁴² als auch das Sprühen der Parole „BRD verrecke – hoch lebe die RAF“ nicht als Fälle des Werbens für eine terroristische Vereinigung bzw. deren Unterstützung angesehen.⁴³

3.1.3. Ehemalige nationalsozialistische Organisation (§ 86 Absatz 1 Nummer 4 StGB)

Organisationen in diesem Sinne sind vor allem die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (**NSDAP**), ihre Untergliederungen und die ihr angeschlossenen Verbände – also namentlich die Sturmabteilung (**SA**), die Schutzstaffel (**SS**), **Waffen-SS**, Hitlerjugend (**HJ**) und der Bund Deutscher Mädel (**BDM**).⁴⁴

3.2. Kennzeichenbegriff

Kennzeichen im Sinne des § 86a StGB sind **sichtbare oder hörbare Symbole**, deren sich die erfassten Organisationen bedienen oder bedient haben, um propagandistisch auf ihre politischen Ziele hinzuweisen.⁴⁵

3.2.1. Fahnen, Abzeichen und Uniformstücke

Aus dem rechtsextremen Spektrum mit seiner zentralen Betonung von Symbolen unterfallen zahlreiche Kennzeichen dem Kennzeichenverbot. Dies gilt namentlich für viele allgemein bekannte Kennzeichen von NS-Organisationen, also etwa das **Hakenkreuz** als Kennzeichen vor allem der NSDAP, das „**Zivilabzeichen**“ der **SA**⁴⁶, die zweifache **Siegrune** der **SS** sowie die einfache Siegrune des deutschen Jungvolkes.⁴⁷ Ebenfalls erfasst ist das **Totenkopf-Symbol** in der von der **SS** verwendeten Gestaltung.⁴⁸ Uneinheitlich wurde in der Rechtsprechung beurteilt, ob das Verwenden von so genannten **Gaudreiecken / Armdreiecken** dem Kennzeichenverbot unterfällt. Bei den sich in der heutigen rechtsextremen Szene offenbar einiger Beliebtheit erfreuenden Gaudreiecken handelt es sich um dreieckige schwarze, silbern umrandete Armaufnäher, auf denen in Frakturschrift der Name einer Region angegeben ist, aus der der Träger stammt.⁴⁹ Historisches

41 <http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/4/4d/RAF-Logo.svg/474px-RAF-Logo.svg.png>.

42 BayObLG, Beschluss vom 20. März 1995, Az. 3 St 13/94 = NSTZ-RR 1996, S. 7.

43 BayObLG, Beschluss vom 27. November 1997, Az. 3 St 3-97 = NJW 1998, S. 2542.

44 Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86 Rdn. 8.

45 Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86a Rdn. 3.

46 <http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/dc/SA-Logo.svg>.

47 Reuter (2005), S. 159 ff., Beispiel abrufbar bei http://www.ida-nrw.de/cms/upload/img_web/verbotene_Zeichen/V8.gif.

48 Reuter (2005), S. 165, Beispiel abrufbar bei http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/9/97/SS_Totenkopf_Fahne.svg.

49 Beispiel unter <http://www.dasversteckspiel.de/index.php?id=28&stufe=26&finder=1&artikel=6>.

Vorbild sind entsprechende Aufnäher, die bei der HJ und dem BDM üblich waren.⁵⁰ Überwiegend wird zwar zumindest eine für § 86a StGB hinreichende Ähnlichkeit mit dem historischen Kennzeichen bejaht, jedoch wegen mangelnder Bekanntheit dieses Bezuges in der Bevölkerung gleichwohl eine Strafbarkeit verneint.⁵¹ Als Uniformen erfasst sind das **Braunhemd**, die braune **NSDAP-Parteiform** sowie verschiedene Uniformteile von SS, Waffen-SS und SA, soweit sie als solche erkannt werden.⁵²

Verschiedentlich stellt sich auch bei heute in der rechten Szene gebräuchlichen **Modeartikeln** bestimmter Hersteller die Frage, ob deren Schriftzug bzw. Markenzeichen unter § 86a StGB fällt. Von den Gerichten kontrovers entschieden⁵³, letztlich aber verneint wurde dies für das ursprüngliche Markenzeichen⁵⁴ des Modelabels **Thor Steinar**, das sich zwischenzeitlich in Reaktion hierauf ein neues Zeichen⁵⁵ gegeben hat, das strafrechtlich offenbar unbedenklich ist.⁵⁶ Bei der Marke **Lonsdale**, die wegen der in ihr beinhalteten Abkürzung NSDA kritisiert wurde, wird ein Verstoß gegen § 86a StGB überwiegend verneint, zumal es sich um eine seit langem ohne rechtsextremen Hintergrund eingeführte Modemarke handele.⁵⁷ Bei der Marke **Consdaple** ist dem gegenüber ein Verstoß aufgrund der enthaltenen Buchstaben NSDAP umstritten und wird von Teilen der Rechtsprechung bejaht.⁵⁸

Von § 86a StGB unmittelbar erfasst ist gleichfalls das Kennzeichen der verbotenen **Blood & Honour Division Deutschland**⁵⁹ – nicht dagegen das Symbol anderer internationaler Zweige der Blood & Honour-Organisation; bei diesen Symbolen kann es sich jedoch um dem verbotenen

50 Wie etwa bei diesem historischen Original einer BDM-Bundestracht erkennbar:

http://www.dhm.de/sammlungen/gifs/sammlungen/alltag2/textilien/u_93_187a-b_188.jpg.

51 Vgl. Reuter (2005), S. 167 ff.

52 Reuter (2005), S. 169. Nicht erfasst sind Wehrmachtuniformen, da die Wehrmacht keine verbotene Organisation ist, vgl. auch hierzu Reuter (2005), S. 169. Zur Debatte um eine Erweiterung des strafrechtlichen Kennzeichenverbots auf NVA-Uniformen vgl. Trips-Hebert (2013).

53 Eine Strafbarkeit nach § 86a StGB verneinend etwa OLG Dresden, Urteil vom 12. Februar 2008, Az. 3 Ss 375/06; OLG Brandenburg, Urteil vom 12. September 2005, Az. 1 Ss 58/05. Bejahend etwa LG Neuruppin, Beschluss vom 17. November 2004, Az. 12 Qs 34/04.

54 http://www.heise.de/tp/artikel/22/22175/22175_1.jpg.

55 http://www.heise.de/tp/artikel/22/22175/22175_2.jpg.

56 Laut Wikipedia habe eine Staatsanwaltschaft das neue Logo als „Andreaskreuz mit zwei Punkten“ bezeichnet und es für unbedenklich erklärt, vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Thor_Steinar#Logo.

57 VG Berlin, Beschluss vom 26. April 2001, Az. 3 A 443/01, NVwZ-Rechtsprechungsreport (NVwZ-RR) 2002, S. 33, 35; Reuter (2005), S. 174; Stegbauer (2000), S. 102.

58 Bejahend: AG Neuruppin, Urteil vom 3. Juni 2002, Az. 81 Ds 372 Js 21202/01; Stegbauer (2002), S. 186. Verneinend: OLG Hamm, Urteil vom 8. Oktober 2003, Az. 2 Ss 407/03, Neue Zeitschrift für Strafrecht-Rechtsprechungsreport (NStZ-RR) 2004, S. 12; Reuter (2005), S. 174.

59 Abgebildet in Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin / Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (2008), S. 15.

Blood & Honour-Zeichen **ähnliche** Kennzeichen und damit ebenfalls um verbotene Kennzeichen handeln (§ 86a Absatz 2 Satz 2 StGB).⁶⁰

Aus dem linken Spektrum sind infolge ihres Parteiverbots die Symbole der **KPD** von § 86a StGB erfasst; allerdings sind „Hammer und Sichel“ typische und weltweit stark verbreitete Symbole kommunistischer Parteien und infolgedessen nur erfasst, soweit sie gerade als Kennzeichen der verbotenen KPD gebraucht werden.⁶¹ Schwieriger gestaltet sich die Beantwortung der Frage, wie das **FDJ-Abzeichen**⁶² und damit verbunden das blaue **FDJ-Hemd** zu beurteilen sind – da die FDJ in der „alten“ Bundesrepublik verboten war, in den neuen Bundesländern jedoch nicht. Nach wohl überwiegender Auffassung ist die heutige Verwendung von FDJ-Abzeichen und -Hemd nach § 86a StGB strafbar.⁶³ Kritisch wird jedoch angemerkt, der Straftatbestand werde in dieser Konstellation gleichwohl in der Praxis nicht angewendet.⁶⁴

Aufgrund des Verbots der **PKK** unterfällt ihr Symbol – ein gelber fünfzackiger Stern auf rotem Grund im gelben Kreis mit gelber Flamme in der Mitte⁶⁵ – ebenfalls § 86a StGB.⁶⁶ Gleiches gilt für den roten fünfzackigen Stern auf gelbem Grund im grünen Kreis, das Symbol der **Nationalen Befreiungsfront Kurdistans**, einer Tochterorganisation der PKK.⁶⁷ Als Kennzeichen der Vereinigung **Kalifatsstaat** (Hilafet Devleti) ist deren weiß gestalteter arabischer Schriftzug auf grünem Grund mit den lateinischen Buchstaben „Hilafet Devleti“ und/oder diesem Namen in arabischer Schrift verboten.⁶⁸

3.2.2. Parolen und Grußformen

Die Rechtsprechung hat den Kennzeichencharakter bejaht für den **Hitlergruß**, also den Ausruf „**Heil Hitler**“ oder „**Sieg Heil**“ allein oder verbunden mit dem „**deutschen Gruß**“, also dem auf

60 Vgl. BGH, Urteil vom 13. August 2009, Az. StR 228/09 (o. Fußn. 2).

61 Nachweis bei Reuter (2005), S. 183 Fußn. 1192.

62 Abrufbar bei Wikipedia unter http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/ad/Freie_Deutsche_Jugend.svg.

63 Fischer (2014) § 86a Rdn. 7. Weitere Nachweise und Kritik bei Reuter (2005), S. 183 Fußn. 1187: In den FDJ-Symbolen werde heute allein die FDJ-Ost erkannt, die nicht verboten worden sei. Zur Debatte um eine Erweiterung des strafrechtlichen Kennzeichenverbots auf DDR-Symbole vgl. Trips-Hebert (2013).

64 Vgl. Fischer (2014) § 86a Rdn. 7: „Das (das Unterfallen des FDJ-Hemds unter § 86a StGB, Anm. d. Verf.) wird nicht dadurch in Frage gestellt, dass eine Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung in Erinnerung an frohe Jugendtage diesem Verbot keinerlei Verständnis entgegenzubringen gewillt ist. Vielmehr wird in der *Praxis* der Straftatbestand *einfach nicht angewendet* – nicht etwa aufgrund dogmatischer Argumente, sondern offenbar weil sich die deutsche Justiz *nicht traut* (...).“

65 Abrufbar bei Wikipedia unter http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/3/3b/PKK_flag_1995.svg.

66 Nachweis bei Reuter (2005), S. 184.

67 Reuter (wie Fußn. 66).

68 Reuter (wie Fußn. 66).

Augenhöhe erhobenen gestreckten rechten Arm.⁶⁹ Anknüpfend hieran wird auch das Verwenden der Schlussformel „mit deutschem Gruß“ im Schriftverkehr bei entsprechender Aufmachung als Kennzeichenverwendung gewertet.⁷⁰ Der so genannte „**Kühnengruß**“, bei dem am erhobenen rechten Arm statt der flachen Hand lediglich Daumen, Zeige- und Mittelfinger vorgestreckt werden, ist wegen des Bezugs zu der verbotenen Organisation „**Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten**“ ebenfalls von § 86a StGB erfasst.⁷¹

Strafbar ist auch das Verwenden der Sentenz „**Alles für Deutschland**“ im Rahmen einer Rede auf einer Versammlung, da es sich hierbei um die Losung der SA handelte.⁷² Weiterhin erfasst ist der Wahlspruch der SS „**Meine Ehre heißt Treue**“ – und zwar auch in der leicht abgewandelten Form „Unsere Ehre heißt Treue“.⁷³ Streitig war, inwieweit die Fantasie-Parole „**Ruhm und Ehre der Waffen-SS**“, die von der Waffen-SS nie benutzt wurde, § 86a StGB unterfällt. Während sie in der Literatur überwiegend nicht als Kennzeichen gesehen wurde, hat die Rechtsprechung die Kennzeicheneigenschaft entweder bejaht aufgrund der Ähnlichkeit mit der Parole „**Blut und Ehre**“ der HJ⁷⁴, mit der o. g. Parole der SS oder deshalb, weil die Parole den „Anschein eines Kennzeichens der Waffen-SS“ erwecke.⁷⁵ Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof haben entsprechende Urteile jedoch aufgehoben und betont, die Ähnlichkeit müsse mit einem **tatsächlich existenten** Kennzeichen bestehen.⁷⁶ Damit sind Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof auch nicht einer bisweilen in der Literatur vertretenen Auffassung gefolgt, wonach bereits das bloße Verwenden des **Namens** einer verbotenen Organisation eine Kennzeichenverwendung sei, wie etwa des Wortes „Waffen-SS“ in der vorgenannten Fantasie-Parole.⁷⁷ Auch in einer neueren Entscheidung verfolgt der Bundesgerichtshof diese Rechtsprechungslinie weiter, indem er betont, allein der Gebrauch des Namens als solchem reiche nicht aus, sondern es müsse eine „**symbolhafte Verwendung**“ vorliegen.⁷⁸ In dem betreffenden Urteil hat der Bundesgerichtshof die grundsätzliche Feststellung getroffen, dass von § 86a StGB deshalb auch **fremdsprachige Übersetzun-**

69 BGH, Urteil vom 18. Oktober 1972, Az. 3 StR 1/71 I, BGHSt 25, 30 = NJW 1973, S. 106; Kammergericht (KG), Urteil vom 16. März 1999, Az. (5) 1 Ss 7-98 (8-98), NJW 1999, S. 3500; OLG Celle, NJW 1970, S. 2557. Dies gilt einer Entscheidung des OVG Berlin-Brandenburg zufolge aufgrund von § 86a Absatz 2 Satz 2 StGB sogar dann, wenn – durch einen im Probebeamtenverhältnis stehenden Polizeibeamten bei einer Feier – „Siggi Heil“ gerufen wird (Beschluss vom 14. Juni 2013, Az. OVG 6 S 1.13).

70 BGH, Urteil vom 8. September 1976, Az. 3 StR 280/76 (S), BGHSt 27, 1 = NJW 1976, S. 2271.

71 Reuter (2005), S. 181.

72 OLG Hamm, Urteil vom 1. Februar 2006, Az. 1 Ss 432/05, NSTZ 2007, S. 45.

73 OLG Hamm, Urteil vom 17. April 2002, Az. 2 Ss 160/02, NSTZ-RR 2002, S. 231.

74 So OLG Karlsruhe, Beschluss vom 15. November 2002, Az. 1 Ws 179/02, NJW 2003, S. 1200.

75 So AG Leipzig, Urteil vom 30. Juli 2002, Az. 71 Ds 302 Js 59986/01.

76 BVerfG, Beschluss vom 1. Juni 2006, NJW 2006, S. 3050; BGH, Urteil vom 28. Juli 2005, Az. 3 StR 60/05, NJW 2005, S. 3223. Kritisch insofern Horsch (2008): „Lässt man Fantasiekennzeichen nicht genügen, würde der Wortlaut der Norm hinter dem Schutzzweck zurückbleiben...“ (S. 102).

77 So namentlich Reuter (2005), S. 173, 140. Hiergegen ausdrücklich Fischer (2014) § 86a Rdn. 3a.

78 BGH, Urteil vom 13. August 2009, Az. StR 228/09 (o. Fußn. 2).

gen von Original-Sentenzen **nicht erfasst** sind, wie etwa „**Blood and Honour**“ als englischer Version des HJ-Spruchs.⁷⁹ Gleiches gilt auch für in der rechtsextremen Szene gebräuchliche **Zahlenkürzel**, mittels welcher bestimmte Worte ersetzt werden sollen – etwa „**18**“ für **Adolf Hitler** (1. und 8. Buchstabe des Alphabets), „**88**“ für „**Heil Hitler**“ (selbes Prinzip) oder „**14 Words**“ für den dem US-amerikanischen Rechtsextremisten David Eden Lane zugeschriebenen Satz „We must secure the existence of our people and a future for White children.“⁸⁰

3.2.3. Lieder

Auch Lieder können Kennzeichen im Sinne des § 86a StGB sein. So ist etwa das **Horst-Wessel-Lied**, das als „Parteihymne der NSDAP“⁸¹ verwendet wurde, Kennzeichen, und zwar nicht nur in seiner Gesamtheit, sondern auch **isoliert Melodie oder Text**.⁸² Verbotene Kennzeichenverwendung ist aufgrund dessen auch das Tragen eines T-Shirts mit dem leicht abgewandelten Zitat aus dem Horst-Wessel-Lied „**die Fahnen hoch**“.⁸³

3.2.4. Bilder

Das „**Kopfbild**“ **Adolf Hitlers** wird von der Rechtsprechung ebenfalls als Kennzeichen im Sinne des § 86a StGB betrachtet, weil entsprechende Bilder während des Nationalsozialismus massenhaft gerade als Symbol der NSDAP und des NS-Staats verwendet worden seien.⁸⁴ Darin unterschieden sich Bilder Hitlers auch von solchen anderer bekannter Nationalsozialisten wie etwa **Rudolf Heß** oder **Joseph Goebbels**, weshalb jene nicht als Kennzeichen nach § 86a StGB gelten.⁸⁵ Aus dem gleichen Grund soll etwa auch das Kopfbild des PKK-Führers **Abdullah Öcalan**, das häufig auf Plakaten und Demonstrationen benutzt wird, nicht als Kennzeichen im Sinne des § 86a StGB zu betrachten sein.⁸⁶

79 BGH (o. Fußn. 78); ebenso bereits Reuter (2005), S. 172.

80 Reuter (2005), S. 171.

81 <http://de.wikipedia.org/wiki/Horst-Wessel-Lied>.

82 OLG Oldenburg, Urteil vom 5. Oktober 1987, Az. Ss 481/87, NJW 1988, 351.

83 BVerfG, Beschluss vom 18. Mai 2009, Az. 2 BvR 2202/08 (o. Fußn. 2).

84 BGH, Urteil vom 25. April 1979, Az. 3 StR 89/79, BGHSt 28, 396 = NJW 1979, 1555 (Modellflugzeuge); BGH, Urteil vom 9. August 1965, Az. 1 StE 1/65, Monatszeitschrift Deutsches Recht (MDR) 1965, S. 923; OLG Frankfurt, Urteil vom 18. März 1998, Az. 1 Ss 407/97, NSTZ 1999, S. 356; OLG Schleswig, Urteil vom 14. Dezember 1977, Az. 1 Ss 706/77, MDR 1978, S. 333; Reuter (2005), S. 165.

85 OLG Rostock, Beschluss vom 12. Dezember 2001, Az. I Ws 146/01, NSTZ 2002, S. 320; Reuter (2005), S. 166 f. m. w. N. Kritisch Bartels (2002), die insoweit eine Reform des § 86a StGB fordert.

86 Reuter (2005), S. 184.

3.3. Tathandlung

Von § 86a StGB unter Strafe gestellt ist das „Verwenden“ der o. g. Kennzeichen. Verwenden in diesem Sinne ist der Rechtsprechung zufolge **unabhängig von der Absicht oder Gesinnung des Täters** jeder Gebrauch, der das Kennzeichen – gegebenenfalls auch bloß teilweise⁸⁷ – optisch oder akustisch wahrnehmbar macht.⁸⁸ Erfasst ist danach grundsätzlich auch eine nur einmalige, scherzhafte oder „kritische“ Verwendung des Kennzeichens, wie etwa das ironisch gemeinte Zeigen des Hitler-Grußes gegenüber der Polizei.⁸⁹ Auch das Verwenden von Hitler-Portraits zusammen mit Darstellungen des Obersalzbergs auf **touristischen Postkarten** ist verboten.⁹⁰ Gleiches dürfte für eine bloß provokative oder gedankenlose Verwendung von Kennzeichen gelten.

Trotz der grundsätzlichen Unerheblichkeit der Motivation des Täters liegt ein Verwenden allerdings ausnahmsweise dann nicht vor, wenn die Handlung **dem Schutzzweck** von § 86a StGB **„ersichtlich nicht zuwider“** läuft.⁹¹ Dies ist namentlich der Fall, wenn die Verwendung des Kennzeichens in **offenkundiger und eindeutiger Weise die Gegnerschaft zu der betroffenen Organisation und die Bekämpfung ihrer Ideologie** zum Ausdruck bringt; eine solche Darstellung werde daher bereits vom Tatbestand der Vorschrift nicht erfasst.⁹² Nicht erfasst ist dem Bundesgerichtshof zufolge deshalb etwa ein **durchgestrichenes Hakenkreuz**, wie es als Ausdruck der

-
- 87 Vgl. OLG Dresden, Urteil vom 23. April 2010, Az. 2 Ss 699/09 (Internet-Vertrieb eines T-Shirts mit dem Aufdruck eines Symbols, das mit dem oberen Drittel der Hakenkreuzfahne übereinstimmt). Hierzu auch Stegbauer (2012), S. 79 f.
- 88 BGH, Urteil vom 29. Mai 1970, BGHSt 23, 267; OLG Hamm, Beschluss vom 17. März 1982, Az. 6 Ss 242/82, NJW 1982, S. 1657; KG, Urteil vom 16. März 1999, Az. (5) 1 Ss 7-98 (8-98), NJW 1999, S. 3500; Lüttger (1960), S. 137; Fischer (2014) § 86a Rdn. 2a. Nach abweichender Auffassung von Teilen des Schrifttums sind zusätzlich Umstände erforderlich, die als Bekenntnis zu den Zielen der verbotenen Organisation aufgefasst werden können, vgl. Sternberg-Lieben in Schönke-Schröder (2010) § 86a Rdn. 6; Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86a Rdn. 6.
- 89 BVerfG, Beschluss vom 23. März 2006, NJW 2006, S. 3052; Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86a Rdn. 6. In dem vom BVerfG entschiedenen Fall hatte ein von der Polizei wegen Alkoholkonsums des Platzes Verwiesener gegenüber den Polizisten den Hitlergruß gezeigt und geäußert: „Jawohl, zu Befehl, Heil Hitler“. Ausweislich von Medienberichten wurde auch im Falle des Schauspielers Ben Becker ein Strafbefehl wegen Zeigens des Hitlergrußes erlassen und von Becker akzeptiert, vgl. <http://www.bild.de/BILD/berlin/leute/2009/02/23/city-talk-ben-becker/strafe-fuer-hitlergruss.html>. Andere Tendenz zum als Kritik gemeinten Zeigen des Hitlergrußes seitens eines linksgerichteten Demonstranten gegenüber der Polizei jedoch bei BGH, Urteil vom 18. Oktober 1972, Az. 3 StR 1/71 I, BGHSt 25, 30 = NJW 1973, S. 106. Vom AG Kassel freigesprochen wurde auch der Künstler Johnathan Meese, der ebenfalls bei verschiedenen Anlässen öffentlich den Hitlergruß gezeigt hatte (Urteil vom 29. August 2013, Az. 240 Cs - 1614 Js 30173/12). Die zuständige Staatsanwaltschaft hat allerdings Berichten zufolge Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt, vgl. „Staatsanwaltschaft geht gegen Meese-Freispruch vor“, Die Welt vom 23. August 2013, abrufbar unter <http://www.welt.de/kultur/kunst-und-architektur/article119317611/Staatsanwaltschaft-geht-gegen-Meese-Freispruch-vor.html>.
- 90 OLG München, Beschluss vom 7. August 2006, Az. 4 St RR 142/06, NSTZ 2007, 97.
- 91 BGH, Urteil vom 18. Oktober 1972, Az. 3 StR 1/71 I, BGHSt 25, 32 = NJW 1973, S. 106; BGH, Urteil vom 14. Februar 1973, Az. 3 StR 1/72 I, BGHSt 25, 133; BayObLG, Urteil vom 26. Februar 1988, Az. 2 St 244/87, NJW 1988, S. 2901; OLG Köln, Urteil vom 9. Mai 1984, Az. 3 Ss 886-887/83 (69/84), NSTZ 1984, S. 508; OLG Oldenburg, Beschluss vom 28. November 1985, Az. Ss 575/85, NSTZ 1986, S. 166.
- 92 BGH, Urteil vom 15. März 2007, Az. 3 StR 486/06, BGHSt 51, 244.

Gegnerschaft zu rechtsradikalen Inhalten weit verbreitet ist.⁹³ Diese Frage war zuvor von verschiedenen Gerichten unterschiedlich beurteilt worden. Der Bundesgerichtshof führt zur Begründung der Straflosigkeit aus, dass der Tatbestand des § 86a StGB, der seinem Wortlaut nach auch eine solche Verwendung von Symbolen erfasse, **zu weit gefasst** sei und durch die Rechtsprechung **einschränkend ausgelegt** werden müsse, wenn der Schutzzweck der Norm erkennbar nicht tangiert sei.⁹⁴ Auch die bei einer anti-isrealischen Demonstration erfolgte Abbildung eines gestalterisch mit einem Davidstern gleichgesetzten Hakenkreuzes, kombiniert mit roter, nach unten verlaufender und offenbar Blutvergießen symbolisierender Farbe wurde aus diesem Grund für nicht tatbestandsmäßig erklärt.⁹⁵ Auch die mit dem eingangs genannten Fall der den Hitlergruß zeigenden Gartenzwerge befassten Staatsanwaltschaften haben bereits einen hinreichenden Tatverdacht verneint und keine Anklage erhoben – die vergoldeten Gartenzwerge dienten als Kunstobjekte ersichtlich dazu, den **Nationalsozialismus der Lächerlichkeit preiszugeben**.⁹⁶

Die Verwendung muss weiterhin öffentlich, in einer Versammlung oder durch das Verbreiten von Schriften erfolgen.⁹⁷ Ein **öffentliches Verwenden** setzt die Möglichkeit voraus, dass das Kennzeichen von unbestimmt vielen Personen wahrgenommen werden kann; nicht erforderlich ist, dass Personen das Kennzeichen tatsächlich bereits wahrgenommen haben.⁹⁸ Nicht ausreichend soll es in Anwendung dieser Grundsätze sein, wenn eine Person lediglich unauffällig einen Ring mit einem verbotenen Kennzeichen in der Öffentlichkeit trägt.⁹⁹ An einem öffentlichen Verwenden soll es auch fehlen, wenn das Kennzeichen über den Kreis von durch persönliche Beziehungen verbundenen Personen hinaus nur für zwei auf einer Streifenfahrt befindliche Polizeibeamte zufällig wahrnehmbar war.¹⁰⁰ Auch das **rein private**, nicht öffentlich wahrnehmbare Aufhängen von Hitler-Bildern im eigenen Treppenhaus ist mangels Öffentlichkeit nicht erfasst.¹⁰¹ Kein Verbreiten ist auch die **Versteigerung einer Einzelsache**¹⁰² oder deren Verkauf, es sei denn,

93 BGH (o. Fußn. 92); vgl. hierzu auch Stegbauer (2008) S. 75.

94 BGH (o. Fußn. 92).

95 KG Berlin, Urteil vom 7. September 2010, Az. 1 Ss 301/10 (166/10).

96 So Berichten zufolge die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth, vgl. „Justiz ermittelt nicht wegen Hitler-Gartenzweig“, Merkur-online vom 22. Juli 2009, abrufbar unter <http://www.merkur-online.de/aktuelles/bayern/justiz-ermittelt-nicht-wegen-hitler-gartenzweig-meta-419460.html>.

97 Sternberg-Lieben in Schönke-Schröder (2010) § 86a Rdn. 7; Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86a Rdn. 7.

98 OLG Koblenz, Urteil vom 11. November 1976, Az. 1 Ss 524/76, MDR 1977, 334.

99 OLG Karlsruhe, Urteil vom 20. März 1997, Az. 3 Ss 128/96, NStZ-RR 1998, S. 10 (Keltenkreuz).

100 Vgl. AG Rudolstadt, Beschluss vom 5. Dezember 2012, Az. 375 Js 28454/12 - 1 Ds jug (Bekleben eines Straßenschildes mit den in Form eines Hakenkreuzes angeordneten Fetzen eines Bierflaschenetiketts).

101 So AG München, Urteil vom 19. Januar 2009, Az. 424 C 18547/08. Eine wegen der Bilder erfolgte Kündigung des Mieters durch den Vermieter sei aus diesem Grund unwirksam.

102 BayObLG, Urteil vom 14. Mai 1981, Az. 3 St 32/81, NStZ 1983, S. 120.

der Verkäufer bezweckt hiermit die Weitergabe seitens des Käufers an einen größeren Personenkreis.¹⁰³

Durchaus bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang, wenn seitens der Rechtsprechung zugunsten des Täters berücksichtigt wird, dass dieser die strafbare Kennzeichenverwendung vor einer **Versammlung von Gleichgesinnten** begangen habe, so dass „eine schädliche Beeinflussung rechtschaffener Bürger offenbar nicht stattfinden konnte.“¹⁰⁴

3.4. Sozialadäquanz

Nach der so genannten **Sozialadäquanz-Klausel** in § 86a Absatz 3 i. V. m. § 86 Absatz 3 StGB greift der Tatbestand nicht, wenn die Handlung der **staatsbürgerlichen Aufklärung**, der **Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen**, der **Kunst** oder **Wissenschaft**, der **Forschung** oder der **Lehre**, der **Berichterstattung** über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.¹⁰⁵

Nach der Sozialadäquanz-Klausel könnte etwa das Tragen von SS-Uniformen im Rahmen eines **historischen Umzugs** im Verbund mit zahlreichen anderen historischen Uniformen jedweder Provenienz als straflos zu bewerten sein.¹⁰⁶ Nicht durch die Sozialadäquanz-Klausel gedeckt sein kann hingegen beispielsweise die **massenhafte Verbreitung** von Gegenständen mit dem Kennzeichen, wie etwa der Verkauf von mit Hakenkreuzen versehenen Spielzeugflugzeugen.¹⁰⁷ Einem Urteil zufolge soll auch eine lebensgetreue Hitler-Darstellung in einem Faschingsumzug strafbare Kennzeichenverwendung sein.¹⁰⁸

3.5. Subjektiver Tatbestand

Ist objektiv eine strafbewehrte Kennzeichenverwendung zu bejahen, setzt eine Verurteilung des Täters weiterhin voraus, dass er zumindest bedingt **vorsätzlich** gehandelt hat. Sein Vorsatz muss sich auf sämtliche Tatbestandsmerkmale beziehen, also auch darauf, dass die betreffende Vereinigung unanfechtbar verboten worden ist.¹⁰⁹

103 OLG Bremen, Beschluss vom 3. Dezember 1986, Az. Ws 156/86, NJW 1987, S. 1427.

104 AG Hamm, zitiert bei OLG Hamm, Urteil vom 1. Februar 2006, Az. 1 Ss 432/05, NSTZ 2007, S. 45.

105 Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86a Rdn. 10.

106 Vgl. hierzu die Berichterstattung über den Sachsen-Anhalt-Tag 2009: Schierholz/Schafmeister (2009).

107 BGH, Urteil vom 25. April 1979, Az. 3 StR 89/79, BGHSt 28, 398 = NJW 1979, S. 1555.

108 AG Münsingen, Urteil vom 1. September 1977, Az. 2 Ds 79/77, MDR 1978, S. 73. Kritisch: Fischer (2009) § 86a Rdn. 5; Rudolphi in SK-StGB (2012), § 86a Rdn. 3.

109 Sternberg-Lieben in Schönke-Schröder (2010), § 86a Rdn. 11.

3.6. Rechtsfolgen

Straftaten nach § 86a StGB können mit **Freiheitsstrafe** bis zu drei Jahren oder mit **Geldstrafe** geahndet werden. Wird ein Täter zu einer Freiheitsstrafe von mindestens 6 Monaten verurteilt, kann das Gericht die **Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, und das Recht, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen**, für die Dauer von bis zu 5 Jahren **aberkennen** (§ 92a i. V. m. § 45 Absatz 2 und 5 StGB).

4. Literaturverzeichnis

Bartels, Barbara (2002). Rudolf Heß – Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation? Zur Reformbedürftigkeit des § 86a StGB. In: Neue Zeitschrift für Strafrecht (NStZ) 2002, S. 297 ff.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2013). Symbole und Zeichen der Rechtsextremisten. Abrufbar unter: <http://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/pb-rechtsextremismus/broschuere-2013-05-symbole-und-zeichen-der-rechtsextremisten>.

Fischer, Thomas (2009). Strafgesetzbuch und Nebengesetze. 56. Aufl. des von Otto Schwarz begr. und in der 38. bis 49. Aufl. von Herbert Tröndle bearb. Werks. München: Beck.

Fischer, Thomas (2014). Strafgesetzbuch und Nebengesetze. 61. Aufl. des von Otto Schwarz begr. und in der 38. bis 49. Aufl. von Herbert Tröndle bearb. Werks. München: Beck.

Herz, Simone (2009). Riesenzooff um goldenen Nazi-Zwerg. Bild.de vom 20. Juli 2009. <http://www.bild.de/BILD/news/2009/07/16/hitler-gruss/nazi-zwerg-schockt-nuernberg.html>.

Horsch, Andreas (2008). Das Bundesverfassungsgericht, die Ähnlichkeit im Sinne des § 86a Abs. 2 Satz 2 StGB oder: Zeit für die Entdeckung der Lebenswirklichkeit. In: Juristische Rundschau (JR) 2008, S. 99 ff.

Jahn, Joachim (1998). Strafrechtliche Mittel gegen Rechtsextremismus: die Änderungen der §§ 130 und 86a StGB als Reaktion auf fremdenfeindliche Gewalt im Licht der Geschichte des politischen Strafrechts in Deutschland. Frankfurt am Main [u.a.]: Lang. Zugl.: Hannover, Univ., Diss., 1998.

Jescheck, Hans-Heinrich / Weigend, Thomas (1996). Lehrbuch des Strafrechts. Allgemeiner Teil. 5. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot.

Lüttger, Hans (1960). Zur Strafbarkeit der „Verwendung von Kennzeichen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen nach § 4 des Versammlungsgesetzes. In: Goltdammer's Archiv für Strafrecht (GA) 1960, S. 129 ff.

Rathke, Hannes / Chionos, Tatjana (2013). Parteiverbote unter dem Grundgesetz und der EMRK. Aktueller Begriff Nr. 02/13. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. Abrufbar unter: <http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2013/Parteiverbote.pdf>.

Reuter, Dirk (2005). Verbotene Symbole: eine strafrechtsdogmatische Untersuchung zum Verbot von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in § 86a StGB. Baden-Baden: Nomos. Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 2004.

Saft, Gunnar (2014). Mehr Straftaten in Bussen und Bahnen. SZ-Online vom 7. Februar 2014. <http://www.sz-online.de/sachsen/mehr-straftaten-in-bussen-und-bahnen-2769672.html>.

Schierholz, Alexander / Schafmeister, Christian (2009). SS-Auftritt erhitzt Gemüter. Mitteldeutsche Zeitung vom 19. Juni 2009. Abrufbar unter <http://www.mz->

[web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1245303588563&openMenu=1013016724285&calledPageId=1013016724285&listid=1018881578312](http://www.wissenschaftliche-dienste.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1245303588563&openMenu=1013016724285&calledPageId=1013016724285&listid=1018881578312).

Schönke-Schröder (2010). Strafgesetzbuch: Kommentar. Begr. von Adolf Schönke (1.-6. Aufl.). Fortgef. von Horst Schröder (7.-17. Aufl.). 28. neu bearb. Aufl. München: Beck.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin / Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (2008). Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus. Eine Information des Verfassungsschutzes. 5. Auflage. Abrufbar unter:
http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/Brosch%C3%BCre%20Symbole%20und%20Kennzeichen.pdf.

SK-StGB (2012). Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch. Hrsg. von Hans-Joachim Rudolphi u.a. 8. Aufl. 2012. Stand: 138. Lieferung, August 2013. München: Luchterhand.

Stegbauer, Andreas (2000). Rechtsextremistische Propaganda im Lichte des Strafrechts. München: VVF. Zugl.: München, Univ., Diss., 2000.

Stegbauer, Andreas (2002). Rechtsextremistische Propaganda und das Kennzeichenverbot des § 86a StGB. In: Juristische Rundschau (JR) 2002, S. 182 ff.

Stegbauer, Andreas (2008). Rechtsprechungsübersicht zu den Propaganda- und Äußerungsdelikten. In: NStZ 2008, S. 73 ff.

Stegbauer, Andreas (2012). Rechtsprechungsübersicht zu den Propaganda- und Äußerungsdelikten. In: NStZ 2012, S. 79 ff.

Trips-Hebert, Roman (2009). Volksverhetzung. Aktueller Begriff Nr. 78/09. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. Abrufbar unter:
<http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/volksverhetzung.pdf>.

Trips-Hebert, Roman (2013). Mit dem Strafrecht gegen DDR-Symbole? Zur Debatte um ein erweitertes strafrechtliches Kennzeichenverbot. In: Recht und Politik (RuP) 2013, S. 216 ff.

von Dewitz, Clivia (2006). NS-Gedankengut und Strafrecht: die §§ 86, 86a StGB und § 130 StGB zwischen der Abwehr neonazistischer Gefahren und symbolischem Strafrecht. Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Strafrecht. Berlin: Duncker & Humblot. Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 2005.